

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: Einigung nach langen Kämpfen!

Verhandlungen im Handel zur Gehaltserhöhung endeten ohne Einigung, während im öffentlichen Dienst bedeutende Fortschritte erzielt wurden.



Wien, Österreich - Nach intensiven Verhandlungen gibt es endlich Licht am Ende des Tunnels für die rund 430.000 Beschäftigten im Handel. Trotz drohender Streiks und der bereits geführten vier Verhandlungsrunden konnte am Dienstag in der fünften Runde eine Einigung erzielt werden, die zumindest eine Lohnerhöhung über der Inflationsrate vorsieht. Wie **Heute.at** berichtete, wurde ein zweijähriger Tarifabschluss beschlossen, der für 2025 eine Erhöhung von 3,3 Prozent und im darauffolgenden Jahr eine Steigerung um 0,5 Prozent über der Inflationsrate vorsieht. Diese Einigung kommt in einer Zeit, in der viele Beschäftigte um ihre Kaufkraft fürchten müssen.

Mehr Geld für den öffentlichen Dienst

Parallel dazu gibt es positive Nachrichten für die Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder. In einer Einigung, die dem Tarifabschluss von Bund und Kommunen folgt, profitieren die Beschäftigten von einer Inflationsprämie von insgesamt 3.000 Euro. Der erste Teilbetrag von 1.800 Euro wird bereits im Dezember 2023 ausgezahlt, gefolgt von monatlichen Zahlungen von je 120 Euro netto bis Oktober 2024. Ab 1. November 2024 steigt das Gehalt durch einen Sockelbetrag von 200 Euro, bevor es am 1. Februar 2025 um 5,5 Prozent erhöht wird, wie [oeffentlicher-dienst-news.de](https://www.oeffentlicher-dienst-news.de) vermeldet.

Zusätzlich zu den finanziellen Verbesserungen wird den Auszubildenden und Praktikanten eine einmalige Inflationsausgleichszahlung von 1.000 Euro sowie eine Erhöhung der Ausbildungsentgelte um insgesamt 150 Euro bis Februar 2025 zugesichert. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Anerkennung und Wertschätzung der vielen Berufsgruppen, die während der schwierigen Corona-Zeit enormen Einsatz gezeigt haben. Die Arbeitgeber warnen jedoch vor den Herausforderungen, die diese Gehaltserhöhungen mit sich bringen könnten, da sie sich auf die Finanzlage der Bundesländer auswirken werden.

Details	
Vorfall	Demonstration, Streik
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• oeffentlicher-dienst-news.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)